



Rechnung offen

Unsere rückhaltlose Unterstützung für längeres gemeinsames Lernen bedeutet nicht die Aufgabe des Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen insgesamt

Viele von uns Pädagoginnen und Pädagogen an Hamburger Schulen stehen Reformvorhaben der Schulbehörde kritisch gegenüber. Nicht, weil wir glauben, es gäbe nichts zu reformieren und nichts zu verändern. Wir selbst sind an zahlreichen innovativen Vorhaben seit vielen Jahren beteiligt, haben sie angeschoben und für ihre Realisierung gerade gestanden. Nein, wir verbinden mit Reformen ein Maß von Mehrarbeit und Belastungen aus den letzten Jahren, das nicht ausgeglichen wurde. Deshalb haben wir auch in der Kampagne zur Altersentlastung mit unserer Teilnahme an den Streiks stark mobilisieren können und wir waren erfolgreich damit.

Die Reform der Arbeitszeit, die in Form ihres berühmt gewordenen Modells einher kam, hat uns neben einer Faktorisierung unserer Arbeit, Konkurrenz unter uns und einer kleinlichen Erbsenzählerei auch mindestens zwei Stunden Unterrichtsverpflichtung mehr gebracht. Wir haben diese zumindest für die Älteren ab 01. 08. zu einem Anteil zurückholen können. Auf der Landesvertreterversammlung am 26.04. haben wir beschlossen, erneut die Rücknahme des Arbeitszeitmodells zu fordern zugunsten einer neuen Arbeitszeitregelung und damit die Unterrichtsstundenverpflichtung für alle Kolleginnen und Kollegen zu senken. Das wird unser nächstes Vorhaben sein.

Die Reform der Schulverwaltung im Kleid der selbstver-

antworteten Schule ist für die meisten von uns als Demokratieverlust empfunden worden. Sie hat u.a. mit dem Beurteilungswesen jede Form von Kritik und öffentlicher Auseinandersetzung an Schulen unterbunden. Darüber hinaus hat sie ein Mehr an Bürokratie für alle Beschäftigten zur Folge gehabt und damit auch an Mehrarbeit. Diese ist u.a. von den SchulleiterInnen öffentlich kritisiert worden. Für sie gab es infolge dessen auch Entlastungen, für das Gros der PädagogInnen aber nicht, obgleich sie dies auch von Beginn an eingefordert hatten.

Nun steht die Reform der Schulstruktur in Hamburg an. Eine Reform, die die GEW seit langem auf der Agenda hat: Längeres gemeinsames Lernen. In

tive „Wir wollen lernen“, angeführt von Rechtsanwalt Walter Scheuerl.

Dass die schwarz-grüne Koalition mit einer grünen Schulsenatorin inzwischen mit einer 6-jährigen Primarschule startet, war ein Entgegenkommen des großen Koalitionspartners zu „9-macht-klug“, dem grünen Modell. Die CDU hatte sich lediglich das Zweisäulenmodell mit Stadteilschule und Gymnasium vorgenommen.

Für einen gehörigen Rückenwind von zwei Jahren mehr gemeinsamen Lernens haben wir mit Sicherheit aufgrund unserer Volksinitiative gesorgt.

Nun steht dieser erste kleine Ansatz zu mehr Chancengleichheit für unsere Schülerinnen und Schüler zur Abstimmung.

Reform ja – aber Unterrichtspflicht runter!

der von uns unterstützten Volksinitiative 'Eine Schule für Alle' für eine zehnjährige Gemeinschaftsschule konnten wir uns nicht durchsetzen, das Volksbegehren ist knapp gescheitert. Im Zuge der Unterschriftensammlung hatte man auf Hamburgs Straßen schon eine klassenkampfähnliche Ansprache einiger Bürgerinnen und Bürger registrieren müssen, die die Chancen ihrer Kinder in einer solchen Schullandschaft gefährdet sahen. Diese artikulierten sich auch bald darauf in der neu gegründeten Volksinitia-

Alles weiter so wie bisher auf der einen Seite oder Zugang zu mehr Bildungschancen für alle?

Nur dies wird abgestimmt im Volksentscheid. Es ist nicht die Abrechnung mit allen anderen Missständen, von denen wir genug kennen und die wir als Gewerkschaft auf dem Schirm haben. Wir können bei der Abstimmung nur in dieser einen Frage ein wenig gewinnen – diese Chance sollten wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

SIGRID STRAUSS
stellvertr. Vorsitzende